



Jens Guth – Zur Sache

Gerechte Bildungspolitik

Sachstand: Gerade in der Bildungspolitik unterscheidet sich der Politikansatz der SPD ganz grundsätzlich vom Politikansatz der CDU. Das ist heute im Landtag bei der Aussprache zur Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer besonders deutlich geworden. Die SPD will jedem Einzelnen in der Gesellschaft eine gerechte Chance geben. Es ist unbestritten, dass das Erheben von Gebühren für die Inanspruchnahme von staatlichen Bildungsleistungen eine soziale Spaltung verstärkt. Und was ist die Antwort der CDU? Sie hat in der letzten Woche deutlich werden lassen, dass sie eine Wiedereinführung von Gebühren für den Besuch von Kindergärten, für Schülerbeförderung und für so genannte Langzeitstudenten ins Auge fasst.

Unsere Gegenposition dazu ist absolut deutlich:

- Wir wollen an der Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zum Hochschulabschluss festhalten. Wir verstehen Bildung als ein Gut, das allgemein und gleichmäßig allen zur Verfügung stehen soll. Bildung ist unverzichtbar für Selbstbestimmung, persönliche Entfaltung, sie ist entscheidend für die individuellen Chancen auf Arbeitsmärkten und beruflichen Erfolg. Bildung ermöglicht sozialen Aufstieg.
- Gute Bildung für eine möglichst große Zahl von Kindern und Jugendlichen ist nicht nur wichtig für die Kinder und Jugendlichen selbst, sie liegt vielmehr im gesellschaftlichen Interesse. Das gilt volkswirtschaftlich, das gilt aber auch mit Blick auf die Grundlagen demokratischer Beteiligung. Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Ausübung politischer Freiheitsrechte, sie gehört zur demokratischen Grundversorgung.
- Bildung muss vom Geldbeutel der Eltern unabhängig sein und bleiben. Die CDU will angeblich nur die ‚Besserverdienenden‘ mit Gebühren belasten. Wenn man aber einen wirklichen Finanzierungsbeitrag erreichen will, wird man bis weit in die Mittelschichten hinein Gebühren erheben müssen – das verschweigt die CDU natürlich. Allein der beitragsfreie Kindergarten entlastet Eltern im Schnitt um 750 Euro – pro Kind!
- Die CDU begründet ihren Vorschlag mit Argumenten der Fairness. Wirklich gerecht ist es aber nicht, staatliche, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben durch Gebühren zu finanzieren. Letztendlich bedeuten ihre Vorstellungen: Es wird nicht dabei bleiben, dass der Zahnarzt und der hohe Beamte für Schulbusse und Kindergärten zahlt. Der Handwerker und der Busfahrer werden nach CDU-Vorschlag zukünftig die Gebühren für unser Bildungssystem ebenfalls tragen müssen.

Fazit: Im Gegensatz zur CDU wollen wir den Mittelstand von solchen Abgaben entlasten und stattdessen zur Finanzierung des Bildungssystems die Vermögensteuer wieder einführen und den Spitzensteuersatz erhöhen. Nur so kommen wir zu einem sozial gerecht finanzierten Bildungssystem. Dies trägt automatisch zu einer gerechten Finanzierung eines Allen offen stehenden Bildungssystems bei. Die CDU will stattdessen Gebühren, die vermeintlich gerecht sind. Aber Gebühren vermitteln immer die Unterscheidung von denen, die es sich leisten können und denen, die es sich nicht leisten können. Diesen Unterschied darf es bei öffentlichen Gütern nicht geben, hier sind alle gleich. Und deshalb wird es diese Unterscheidung mit uns bei der Bildung nicht geben. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verlassen.